

Presseinformation



Frei zur Veröffentlichung: sofort

Datum: 14. August 2008

SPD stellt Weichen Umfangreiches Antragspaket beschlossen

(Rödermark) Die SPD-Fraktion hat in Ihrer Klausur am vergangenen Wochenende die Weichen für die zweite Hälfte der Legislaturperiode im Rödermarker Stadtparlament gestellt. Beschlossen und erörtert wurden ein umfangreiches Antragspaket sowie die strategische Ausrichtung bis zur Kommunalwahl 2011. Mit verschiedenen Initiativen will die SPD-Fraktion aufzeigen, dass sie eine ernst zu nehmende Oppositionsarbeit realisiert.

Nach der ersten Hälfte der laufenden Legislaturperiode zeigt sich die SPD-Fraktion optimistisch und für die verbleibende Zeit bis zur nächsten Kommunalwahl 2011 gut gerüstet. „Wir sind auf dem richtigen Weg und gewinnen verloren gegangenes Terrain zurück“, so das Fazit des Fraktionschefs Armin Lauer nach der Klausurtagung am vergangenen Wochenende. Die Fraktion habe die richtigen Themen, mit denen sie in der Rödermärker Bürgerschaft um politische Akzeptanz und Vertrauen werben wolle.

„Wir brauchen für unsere politische Arbeit eine möglichst breite Zustimmung und funktionierende Netzwerke, um das definierte Ziel bei der nächsten Kommunalwahl erreichen zu können,“ so Lauer. Oberstes Ziel sei es deshalb, die Bevölkerung, Vereine, Unternehmen, Gewerbetreibenden und Organisationen stärker als bisher in den politischen Meinungsbildungsprozess in Form eines offenen Dialoges einzubeziehen. Man wolle in der noch verbleibenden Legislaturperiode weiter das Profil der Partei schärfen und zeigen, dass die SPD eine verlässliche Alternative zur bisherigen Regierungsmehrheit ist. Eine Politik nach Gutsherrenart, wie sie teilweise durch die CDU-FDP-Koalition in der Vergangenheit praktiziert wurde, lehnt die SPD-Fraktion für sich strikt ab. „Wir machen nur das was richtig, notwendig und finanzierbar ist“, so die Haltung der Sozialdemokraten.

Wie ernst es der SPD mit der Durchsetzung notwendiger und dringender Anliegen ist, werden die Parlamentarier schon in der ersten Parlamentssitzung nach der Sommerpause am 2. September zu spüren bekommen. Mit insgesamt fünf Anträgen und Anfragen setzen die SPD-Parlamentarier ihre intensive Oppositionsarbeit fort.

In einem Antrag hat die SPD-Fraktion den Magistrat der Stadt Rödermark aufgefordert, die Voraussetzungen für die Errichtung eines Jugendparlamentes zu schaffen. Nach Meinung des SPD-Fraktionsgeschäftsführers Norbert Schultheis ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungsprozessen, insbesondere an solchen, die ihre unmittelbaren Lebensumstände betreffen, nun unbedingt zu forcieren. Gleichzeitig werde damit die demokratische Kultur in unserer Stadt bei Kindern und Jugendlichen gefördert und eine am Wohl des Gemeinwesens orientierte Sichtweise geprägt, stellte Norbert Schultheis hierzu fest. Ein Jugendparlament könne

beispielsweise die Diskussion für das zu erstellende Jugendkonzept nur beflügeln.

In einem weiteren Antrag will die SPD-Fraktion der Oswald-von-Nell-Breuning-Schule (NBS) bei ihren Ganztagsschulaktivitäten Unterstützung zukommen lassen. Die Stadtverordneten habe man daher aufgefordert, die NBS bei der Durchführung ihres Ganztagsangebotes jährlich mit insgesamt 20.000 € zu unterstützen. Es ergebe sich zu einem Ganztagesangebot eine erhebliche Nachfrage aus den in den Familien gegebenen sozialen, beruflichen und bildungspolitischen Motiven, stellte Fraktionsmitglied Jochen Zeller fest. Gefragt seien Hausaufgabenbetreuung und Arbeitsgemeinschaften mit sportlichen und ästhetischen Schwerpunkten. Außerdem erhöhe sich die Nachfrage nach einem Mittagessen sprunghaft, was eine erhöhte Betreuung in der Mittagspause erfordere. Ebenso werde die Ausweitung des Pflichtangebotes und Ergänzung der Unterrichtsinhalte vom engagierten Bildungsbürgertum gewünscht. Hierzu gehörten bilinguale Angebote, weitere Fremdsprachen, langfristige Vorbereitungen von Austauschaktivitäten, naturwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaften und vieles mehr. Das Geld wäre daher gut angelegt, so die SPD-Fraktion. Fakt ist, dass die finanziellen Möglichkeiten der Schule auch unter Berücksichtigung der Aufnahme in das Programm „Ganztagschulen nach Maß“ des Landes Hessen nicht ausreichen würden, um derartige Angebote zu unterbreiten.

In einem Berichtsantrag wurde der Magistrat der Stadt Rödermark aufgefordert in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Familie, Soziales und Kultur am 18. August 2008 über die regionale Zusammenarbeit im Bereich Kultur zu berichten. Dabei sollen u.a. auch die Aspekte des Bereichs der interkommunalen Zusammenarbeit einfließen.

Darüber hinaus bittet die SPD-Fraktion den Magistrat zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, die Bedingungen und Folgen der Änderung der Rechtsform der Berufsakademie Rhein-Main GmbH & Co KG in eine gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung darzulegen. Eingefordert wurde hier, sämtliche Änderungen aller dazu notwendigen Verträge sowie in diesem Zusammenhang getätigten Vereinbarungen schriftlich vorzulegen und zu erläutern. Nach Ansicht der SPD sind wesentliche inhaltliche Punkte der nun geplanten Rechtsformumwandlung in der Beschlussfassung vom 23.8.2007 nicht dargelegt worden. Dieses soll mit dem Bericht nachgeholt werden.

Gespannt darf die Stadtverordnetenversammlung sein, wenn die Geschäftsordnungsanfrage der SPD zur wirtschaftlichen Situation des Badehauses im 1. Halbjahr 2008 auf der Tagesordnung steht. „Wir wollen wissen, wo wir stehen und welche latenten Risiken derzeit vorhanden sind,“ so Fraktionschef Lauer abschließend.

Bei Rückfragen oder für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an den Fraktionsvorsitzenden der SPD:

Armin Lauer
Mobil : 0173 - 3016161
Email : lauer@spd-roedermark.de